



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Weltwende**

**Stegemann, Hermann**

**Stuttgart, 1934**

Hitler und die äußere Politik

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

Dollar von der Goldbasis zu lösen, und in Ostasien waren die Japaner zur Eroberung der chinesischen Außenprovinz Jehol geschritten und hatten diese ihrem Vasallenstaat Mandschukuo einverleibt.

Nimmt man dazu die nationale Revolution in Deutschland, die als das größte und wichtigste Ereignis den ganzen Weltaspekt veränderte, so ergab sich ein transitorischer Moment von epochaler Bedeutung. In diesem Augenblick zu der Entwicklung Stellung zu nehmen, diese also maßgebend zu bestimmen, das war keine leichte und eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, zumal es galt, das neue Deutschland nun so hinzustellen, daß es nicht mehr als bedrückte und gehemmte Macht, sondern trotz aller noch bestehenden Bindungen und Zurücksetzungen als eine gleichberechtigte, von der Nation getragene Großmacht erschien.

\*

Adolf Hitler wahrte auch diesmal die Zusammenhänge und hob zugleich die einzelnen Probleme deutlich voneinander ab. Er sprach von der Reichswehr und bezeichnete diese als die einzige wirklich abgerüstete Armee, um daran den Schluß zu knüpfen, daß Deutschland berechtigt sei, die Erfüllung des im Vertrag von Versailles gegebenen Abrüstungsversprechens von den anderen Staaten zu erwarten, aber bislang umsonst warte. Wieder wird offen und unverblümt festgestellt, daß die nationale Regierung aufrichtig wünsche, von einer Vermehrung des Heeres und der Flotte absehen zu können, sofern die Welt endlich geneigt sei, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und eine radikale Abrüstung vollziehe. Deutschland begehre nichts anderes als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheiten. Die Regierung wolle das deutsche Volk für diesen Geist des Friedenswillens erziehen, aber die Ehre der Nation, die Ehre der Armee und das Ideal der Freiheit müßten dem deutschen Volke zurückgegeben werden. Ausdrücklich bekannte sich der Kanzler zu einer Politik allgemeiner und aufrichtiger Verständigung, denn die Not der Welt könne nur behoben werden, wenn die Völker wieder zueinander Vertrauen faßten. Dies aber könne nur geschehen, wenn die Grundsätze der Vernunft in der Organisation und der Führung der Wirtschaft zum Siege gelangten



und eine allgemeine internationale Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen Platz greife.

Diese Worte enthüllten keine neuen Wahrheiten, aber sie wurden im Munde Hitlers neu geprägt und hatten ihr volles Gewicht. Wurden sie für voll genommen, so mußte man sich auch der Folgen bewußt sein, die sich für die deutsche Regierung und die anderen Regierungen ergaben, wenn die aufgestellten Forderungen von den zur Abrüstung verpflichteten Mächten nicht erfüllt wurden. Verhandelte man in Genf nur, um Deutschland die virtuelle Gleichberechtigung zu versagen, dann war Deutschland weder gehalten noch in der Lage, im Zustande völliger Abrüstung zu verharren, und nunmehr auch entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Das bezog sich auch auf die ökonomischen Verhältnisse, die zum erstenmal zu der Weltwirtschaft und den Reparationen und den Schuld- und Zinsverpflichtungen in unmittelbare Beziehung gebracht wurden, um daraus das Recht auf eine autonome Regelung der deutschen Verpflichtungen abzuleiten, falls die Welt sich einer allgemeinen vertraglichen Regelung versagte.

Die von Hitler aufgestellten Sätze gefielen sich nicht in Verkleidungen. Sie enthielten ein Programm, das kurzgefaßt auf die Zurückgewinnung der deutschen Souveränität ausging. Sie ruhten auf der Einigkeit der Nation, die in bezug auf diese Forderung nicht zweifelhaft war, und knüpften an die Vorarbeiten an, die von Brüning und nach ihm von Papen geleistet worden waren. Sie erhielten ihre Stärke durch den nationalen Aufschwung, den Hitler und der Nationalsozialismus im Bunde mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm eingeleitet und der Nationalsozialismus für sich allein durch die nationale Revolution zur neuen Wesensform des deutschen Volkes gestaltet hatte. Nur einer solchen Bewegung war die Kraft verliehen, dem Reiche die in Versailles verloren gegangene Souveränität und dem deutschen Volke seine heroische Haltung zurückzugeben. Um welchen Preis dies geschehen könnte, das einzig war noch die Frage.

Daß die Regierung Hitler nicht an Krieg dachte, war nicht nur in den Verhältnissen begründet, die ihr nicht erlaubt hätten, einen Krieg zu führen, sondern ging auch aus der Erkenntnis hervor,



daß Europa, als Ganzes gesehen, keinen neuen Krieg bestehen konnte, ohne sich der Gefahr des Untergangs auszuliefern. Ein Krieg blieb also an die Verteidigung geknüpft. Alle sogenannten „Nichtangriffspakte“, die an sich nur ein Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit waren, blickten auf diese Erkenntnis zurück.

Von dieser allgemeinen Unsicherheit handelte auch Hitlers Regierungserklärung, als er, zum Abrüstungsvorschlag Macdonalds übergehend, diesen begrüßte und feststellte, daß der gegenseitige Zustand der Rechtsunsicherheit nicht länger andauern könne. Er wies aber auch in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage sichergestellt werden müsse. Wärmere sprach der Kanzler von dem Entwurf des Mussolinischen Viererpaktes, dem er gesamteuropäische Bedeutung beimah, denn von der Zusammenarbeit Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs und deren Ergebnis hänge das Schicksal Europas ab.

Die internationalen Beziehungen, die in diesen Erklärungen schon gekennzeichnet worden waren, fanden noch ihre besondere Ausmalung, indem der Kanzler erklärte, die Regierung werde sich die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Italien und zum Heiligen Stuhl angelegen sein lassen, und ausdrücklich beifügte, daß er sich bemühen werde, auch mit den anderen Mächten zu einem Ausgleich zu gelangen. Ein solcher Ausgleich sei sogar mit Frankreich möglich, wenn die Regierungen auf beiden Seiten weitherzig und ohne Voreingenommenheit an dieses Problem heranträten. Eine Unterscheidung von Siegern und Besiegten könne allerdings niemals die Grundlage dieser Bemühungen bilden.

Diese Ausführungen erhärteten den Friedenswillen des neuen Regiments, ohne sich vom nationalen Standpunkt zu entfernen. Sie wurden ergänzt und abgerundet durch einen Hinweis auf Österreich, eine Erklärung über die Beziehungen zu Sowjetrußland und die Versicherung, daß die Reichsregierung stets und nachdrücklich für die den deutschen Minderheiten gewährleisteten Rechte eintreten werde. Der Hinweis auf Österreich war mit besonderer Vorsicht abgefaßt, trug aber allen Möglichkeiten Rechnung und hielt die Zukunft offen. Hitler faßte das Problem in dem Kardinalsatz zusammen, die Reichsregierung sei sich der Verbundenheit des Schicksals



der deutschen Völker voll bewußt. Es war eine Erklärung *in nunc*. Ein süßer Kern lag in harter Schale verschlossen, ein europäisches Problem war auf seine deutsche Wesenheit zurückgebracht. Die Erklärung über die Beziehungen zur Regierung Sowjetrußlands war auf die Notwendigkeit gestellt, die zwischen Deutschland und Rußland bestehende Verbindung aufrechtzuhalten, und besagte, daß diese Verbindung dem Frieden und dem Nutzen beider Teile dienen solle. Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland dagegen sei eine innere deutsche Angelegenheit, und die Regierung werde Einmischungen von außen in diesen Kampf niemals dulden.

\*

Als Hitler seine Erklärungen mit dem Hinweis auf das Ermächtigungsgesetz schloß und seinem Willen und seiner festen Absicht Ausdruck gab, für eine ruhige Entwicklung zu sorgen, aber auch kein Hehl daraus machte, daß der Reichstag in Zeiten nationaler Erregung vor der Regierung zurücktreten müsse, hatte er die Zweidrittelmehrheit, deren er zur Durchbringung dieses Gesetzes bedurfte, schon hinter sich. Das Zentrum war den ihm vom Schicksal vorgeschriebenen Weg gegangen. Es ließ nur noch der Erwartung Ausdruck, daß das vom Kanzler verlesene Manifest die Grundlage und die praktischen Richtlinien für die vorzunehmenden gesetzgeberischen Arbeiten bilde, und gab dem Antrag Folge. Die Sozialdemokratie blieb bei einem Nein, das von 94 Stimmen ausgesprochen wurde. Das mit 441 Stimmen angenommene Gesetz wurde unmittelbar nach der Sitzung vom Reichsrat genehmigt und trat nach der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten sofort in Kraft.

Das Parlament hatte sich damit für vier Jahre der Legislative begeben, die nun auf die Exekutive überging. Die Trennung der Gewalten hatte ein Ende. Die Verfassung blieb in der Schwebe, und an die Stelle der Notverordnungen traten die aus der Machtfülle der Regierung hergeleiteten, von ihr zu entwerfenden, zu beschließenden und zu vollziehenden Dekrete in Gesetzesform. Die Regierung behielt sich zwar vor, den Reichstag von Zeit zu Zeit von ihren Maßnahmen zu unterrichten und, wo es ihr zweckmäßig erschien,